

Protokoll der Sitzung des Transparenzbeirats

vom 26. Februar 2024

Ort: Besprechungsraum des LfDI, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16:00 Uhr

Teilnehmer:innen:

Frau Staatssekretärin Simone Schneider

Frau Abg. Pia Schellhammer (Vorsitzende)

Herr Abg. Christoph Spies

Herr Abg. Stephan Wefelscheid

Herr Abg. Torsten Welling

Frau Prof. Dr. Maria Wimmer

Frau Prof. Dr. Christiane Ziegler (stellv. Vorsitzende)

Herr Prof. Dr. Matthias Bäcker

Frau Heike Troue

Frau Karin Dauscher

Für die Behörde des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit:

Frau Dr. Daniela Franke

Herr Uli Mack

Frau Kristina Knoblich-Dietz (Protokollführerin)

TOP 1 Begrüßung, Tagesordnung, Protokoll

Vorsitzende Abg. Schellhammer begrüßt die Teilnehmer:innen zur Sitzung des Transparenzbeirats. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Sie bestätigt, dass das Protokoll der letzten Sitzung vorliegt. Bezüglich des Protokolls und der Tagesordnung werden keine Änderungswünsche vorgebracht.

TOP 2 Bericht aus der Arbeit des Landesbeauftragten

Frau Dr. Franke berichtet von der Arbeit des Landesbeauftragten und erwähnt, dass die Jahrespressekonferenz zur Informationsfreiheit im Januar dieses Jahres auf ein reges Medieninteresse gestoßen sei. Herr Mack berichtet ergänzend von den interessantesten Fällen des LfDI im Bereich Informationsfreiheit im Jahr 2023. Die Thematik Innere Sicherheit sei ein wesentlicher Schwerpunkt von Vermittlungsanfragen im Jahr 2023 gewesen. Er schildert zudem, dass die Bearbeitung von Anfragen, welche auf personenbezogene Daten gerichtet waren, vielen angefragten transparenzpflichtigen Stellen Probleme bereite. Hierbei erfolgte häufig eine pauschale Ablehnung unter Bezug auf den Datenschutz, ohne dass ein Drittbeteiligungsverfahren oder eine Schwärzung geprüft worden wären.

Des Weiteren führt er aus, dass die Behörde im Jahr 2023 insgesamt drei Beanstandungen ausgesprochen habe: Beanstandet worden seien die Verbandsgemeinde Wöllstein, die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf und die Verbandsgemeinde Bad Breisig.

MdL Wefelscheid erkundigt sich nach der Rechtsfolge einer Beanstandung. **Herr Mack** führt aus, dass die Beanstandung mit keiner unmittelbaren Rechtsfolge einhergehe, der Landesbeauftragte jedoch im Falle einer Beanstandung in jedem Fall die zuständige Aufsichtsbehörde nach § 19a Abs. 1 LTranspG über das Verfahren und die Beanstandung informiere.

MdL Spies stellt die Frage, in welchen Fällen eine missbräuchliche Antragstellung angenommen werden könne. **Herr Mack** schildert hierzu Fallkonstellationen.

Vorsitzende MdL Schellhammer fragt, wie häufig es vorkomme, dass eine Behörde auf einen Informationszugangsantrag gar nicht reagiere. **Herr Mack** erläutert, dass dies relativ häufig der Fall sei, allerdings werde der Mangel in den allermeisten Fällen auf ein Vermittlungsschreiben des LfDI hin beseitigt.

Frau Dauscher erkundigt sich nach der Öffentlichkeitsarbeit des LfDI im Falle von Beanstandungen. **Frau Dr. Franke** erläutert das dahingehende Vorgehen.

Frau Prof. Dr. Wimmer fragt, ob die Kommunen auch proaktiv über die Regelungen des Landestransparenzgesetzes informiert würden. **Herr Mack** führt aus, dass dies der Fall sei. Es werden Schulungen und Workshops angeboten und auch auf der Homepage des LfDI seien Informationen zu finden.

TOP 3 Schwerpunktthema „Identitätsoffenlegung bei Informationszugangsanträgen“

Frau Dr. Franke führt aus, dass nach § 11 Abs. 2 S. 1 LTranspG der Informationszugangsantrag die Identität der Antragstellerin oder des Antragstellers erkennen lassen müsse. Das Wort wird an **Herrn Mack** gegeben. Herr Mack schildert die dahingehende Rechtslage. Es erfolgt ein Austausch zu der Thematik.

TOP 4 Verschiedenes

Vorsitzende MdL Schellhammer führt aus, dass die bestehende Liste mit Themen für zukünftige Sitzungen gerne ergänzt werden könne.

Prof. Dr. Matthias Bäcker schlägt das Thema Urheberrecht vor.

Vorsitzende MdL Schellhammer teilt mit, dass das Schwerpunktthema für die nächste Sitzung noch geklärt werde. Sie stellt fest, dass es keine weiteren Besprechungswünsche für den Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ gebe und schließt die Sitzung um 16:00 Uhr.